

Bittsteller

Zwei inoffizielle nationalchinesische Abordnungen erbitten in Peking Frieden von den Kommunisten. Der „Friedensdelegation des chinesischen Volkes“ gehören bekannte Professoren, Wissenschaftler und Journalisten an. Die fünfköpfige Friedensmission der Zentralregierung führt der frühere chinesische Botschafter in den USA, Dr. Yen. Für das Gebiet von Schanghai und Nanking wird über regionale Friedensschlüsse verhandelt. Chinas amtierender Ministerpräsident Li Tsung Yen berief alle geflüchteten Regierungsmitglieder nach Nanking zurück. In einer Erklärung seiner Regierung werden die Kommunisten aufgefordert, von ihren „untragbaren Forderungen“ abzugehen. Die National-Regierung sei noch immer in der Lage zu kämpfen. Kommunistische Sender bezifferten die Stärke der Mao Tse Tung-Armee mit über zwei Millionen Mann. Die National-Armee dagegen habe nur noch 600 000 Mann. Allein im letzten Halbjahr 1948 seien 450 000 Regierungssoldaten verwundet oder getötet und 1 260 000 gefangen genommen worden.

Vor dem kommunistischen Hauptquartier in Tientsin drängen sich die ersten Beschwerde-Schlangen. Der Besitzer eines Speiselokals führte Klage über seinen Koch. Der hatte den Wechsel der Regierungsgewalt dazu benutzen wollen, sein Arbeitsverhältnis umzukehren und den Chef kochen zu lassen. Die Kommunisten gaben dem Arbeitgeber recht und zwangen den Koch unter Androhung von Strafe zum Weiterarbeiten. Die Arbeiter einer Tientsiner Fabrik demolierten aus Unzufriedenheit mit ihren Löhnen und dem Achtstunden-Tag die gesamte Einrichtung ihrer Werkskantine und beschwerten sich auf der Kommandantur. Die Kommunisten entschieden: Der Arbeitstag beträgt künftig zehn Stunden, die Löhne werden um 20 Prozent gekürzt.

Erkundung

Das Krenl-Hauptquartier schickte einen diplomatischen Spähtrupp hinter die norwegischen Verteidigungslinien. Der russische Botschafter in Oslo, Sergei Afanasjew, überreichte dem norwegischen Außenminister, Halvard Lange eine Note, in der die norwegische Regierung ersucht wurde, ihre Einstellung zum Atlantik-Pakt klarzustellen. Die Antwort war deutlich: Norwegen werde die Möglichkeiten eines Beitritts zu dem regionalen Verteidigungsabkommen der Atlantik-Staaten erwägen, da die UNO sich nicht als stark genug erwiesen habe, Frieden und Sicherheit zu garantieren. Norwegen werde jedoch keiner fremden Macht militärische Stützpunkte einräumen, solange Norwegen nicht angegriffen oder mit Aggression bedroht werde. — Der skandinavische Verteidigungskarren ist in den Osloer Verhandlungen festgefahren.

Prominenz

Mit den Einladungen an prominente Politiker der NEI (Vereinigung sozialer und christlicher Politiker Europas) zur Landesversammlung der Christlich-Sozialen Union Bayerns will der stellvertretende Ministerpräsident und Justizminister Dr. Joseph Müller den rissigen CDU-Parteischild wieder aufpolieren. Italiens Ministerpräsident Alcide de Gasperi, Frankreichs Außenminister Schuman, der österreichische Erziehungsminister Hurdes und der Vorsitzende des NEI, Bichet, stehen auf der Einladungsliste. — Die letzten Wahlergebnisse drängen Müller aus seiner oberfränkischen Hochburg heraus. Bei der Wahl des Bezirksvorsitzenden fiel die Zweidrittelmehrheit des bisher eindeutigen Müller-Territoriums an den Hundhammer-Ehard-Mann Anton Hergenröder,

Vorposten

Die Einladungen zum Atlantik-Pakt sind bereits ausgestellt. Irland lehnte eine inoffizielle Aufforderung „mit Bedauern“ ab. Eine Teilnahme Irlands könne erst dann erwogen werden, wenn die Teilung des Landes rückgängig gemacht werde. Norwegen, Dänemark, Italien, Island und Portugal sind die sonstigen Anwärter auf einen Vorposten am neuen Atlantik-Wall. Die Schweiz soll wegen ihrer „permanenten Neutralität“, Spanien wegen des Franco-Regimes und Schweden wegen seiner eindeutigen Abseitsstellung keine Beitrittsangebote erhalten.

Versteigerung

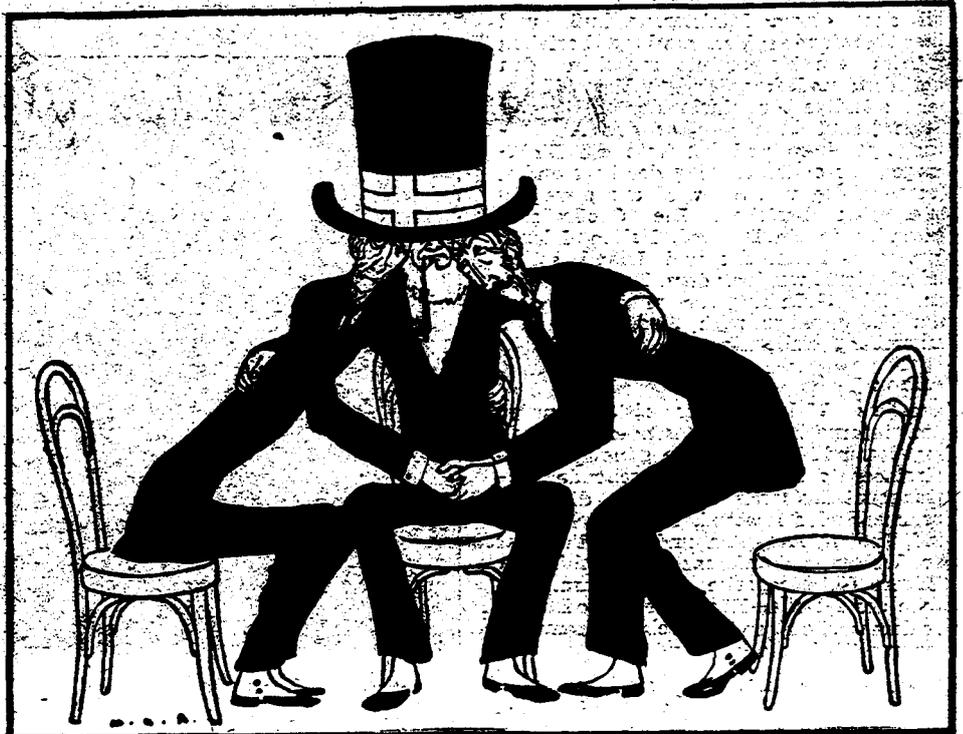
Dänemarks sechsgroße Stadt kommt unter den Hammer. Am 1. Mai 1949 wird das nach dem Kriege als deutsche Flüchtlingsstadt aufgebaute Oksboel versteigert, mit

Zündschnur

Spanische Partisanen legen erste Zündschnüre unter Francos Thronessel. In Asturien und im Cantabrischen Gebirge schlossen sich Kommunisten und Sozialisten, die im Zuge der letzten Amnestien aus den Gefängnissen entlassen wurden, zu Untergrundverbänden zusammen. Sie spezialisierten sich auf Sabotageakte und vereinzelte Ueberfälle. So hielten Partisanen den nordwestspanischen Eisenbahnknotenpunkt Monforte mehrere Stunden hindurch besetzt, räumten einige Güterzüge aus und verteilten die Waren an die Bevölkerung.

Reaktion

Die Kolchoswirtschaftler feiern in den früher rumänischen Gebieten Bessarabiens und der Bukowina erste Triumphe. Auf dem Parteikongreß der ukrainischen Kommunisten in Kiew gab Parteisekretär Ni-



Weitwoche (Zürich)

Die skandinavischen Brüder — unter einen Hut zu bringen.

allen Häusern, einem Theater und 11 km Gleisen. Die 30 000 Bewohner von Oksboel sind inzwischen mit den übrigen 210 000 deutschen Flüchtlingen aus Dänemark abgereist. Im Januar röllte der letzte Transport über die Grenze. In der Internierung starben 17 000 Flüchtlinge. 6000 Kinder (davon 90 Prozent unehelich) wurden geboren. Dänemark fordert für eine halbe Milliarde Kronen Flüchtlings-Kostgeld von Deutschland.

Kleinholz

Burmesische Karen-Eingeborene und Kommunisten sorgen für neues Kleinholz im Unruheherd Ostasien. Gemeinsam eroberten sie in Straßenkämpfen Bassein, die zweitgrößte Hafenstadt Burmas am Irawadi-Delta, und die Städte Toungoo und Tantan in Mittel-Burma. Auf dem Flugplatz Bassein ramnten sie Pfähle in das Flugfeld ein, um Landungen der Regierungstruppen zu verhindern. Auf 65 Kilometer Frontbreite wird gekämpft. Die Rebellen versuchen, durch die Einnahme von Pegu, dem wichtigsten Verkehrsknotenpunkt 80 Kilometer oberhalb Ranguns, die Hauptstadt völlig vom Hinterland abzuschneiden. Ministerpräsident Thahin Nu startete eine Gegenoffensive und begann zu verhandeln.

kita Krutschew bekannt, daß die Mehrzahl der Bauern aus den 1945 in die Sowjetunion eingegliederten Gebieten Rumäniens jetzt in der Kolchos-Wirtschaft arbeiten. Diese Entwicklung sei ein schwerer Schlag gegen die Kulaken (Großbauern) und die ukrainisch-deutschen Nationalisten, die das Kollektiv-System bekämpfen.

Wind

Die Bundeshauptstadt-Kommission des Parlamentarischen Rates entschied sich mit sechs zu einer Stimme gegen Frankfurt als künftige Bundesmetropole. Die Hessische Regierung stellte dazu fest, die angespannte Lage aller öffentlichen Kasernen erlaube es keiner Stadt, die Ausgaben zu wiederholen, die bereits in Frankfurt zur Errichtung der Zweizonen-Verwaltungen gemacht werden mußten. Neben Kassel und Bonn setzte sich auch Stuttgart auf die Bewerberliste. In einer Denkschrift unterstreicht Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klett Stuttgarts Eignung mit der historischen Tatsache, daß die Stadt 1848 dem aus Frankfurt vertriebenen Rumpf-Parlament und 1920 der Deutschen Nationalversammlung Schutz vor den politischen Wirren gewährt habe. Außerdem sei Stuttgart auch gegen Nord- und Ostwinde geschützt.